

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 09.06.2011

Tagungsort: Mensa des Schulzentrums Heepen
Alter Postweg 33
33719 Bielefeld

Beginn: 18:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 20:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Holm Sternbacher Bezirksbürgermeister -RM-

CDU

Frau Anja Bartsch

Herr Dr. Guido Elsner (Vors.)

Frau Elke Grünwald -RM-

Herr Jens Hüsemann

Frau Heidemarie Pilchner

Herr Andreas Rüther stellv. Bezirksbürgermeister -RM-

SPD

Herr Reiner Blum

Herr Bernd Diekmann

Frau Regina Klemme-Linnenbrügger -RM-

Herr Kurt Stuke

Herr Gerhard Wäschebach (Vors.)

Grüne

Herr Tobias Borchers

Frau Marianne Kreye (Vors.)

FDP

Herr Ulrich Kossiek

Die Linke

Herr Bernd Schatschneider

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Entschuldigt fehlt

Herr Jörg-Rüdiger Schütz CDU-Fraktion

Verwaltung

Frau Jack	Leiterin der VHS-Nebenstelle Heepen	(zu TOP 6)
Frau Kavuk	Bauamt	(zu TOP 7)
Herr Galle	Amt für Verkehr	(zu TOP 8)
Herr Feldmann	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -	(zu TOP 10)
Frau Wocken	Bauamt	(zu TOP 16)
Herr Daube	Bezirksamt Heepen	
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötzke	Bezirksamt Heepen	Schriftführer

Externe

Herr Winkler	Büro Enderweit u. Partner	(zu TOP 7)
Herr Meier	moBiel GmbH	(zu TOP 5.1, 8 und 16)
Frau Kunath	moBiel GmbH	(zu TOP 8)
Herr Lütke-meier	von-Laer-Stiftung	(zu TOP 10)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Wäschebach führt aus, dass von der Braker Bevölkerung eine unmittelbar hinter der Eisenbahnbrücke vom Jerrendorfweg abzweigende Wegeverbindung zum bzw. über das Deponiegelände gewünscht werde. Da die Rekultivierungsarbeiten in diesem Bereich der Deponie in Kürze beginnen werden und dem Wunsch der Bezirksvertretung, in der Junisitzung ein Gestaltungs- bzw. Wegekonzept vorzulegen (vgl. BV Heepen - 05.05.2011 - TOP 5.2), von der Verwaltung nicht entsprechen werden konnte, bestehe die dringende Notwendigkeit, die angesprochene Wegebeziehung auf der Grundlage einer Dringlichkeitsentscheidung zu sichern. Er verweise in diesem Zusammenhang auf den vor Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilten Antrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Gelände der Bodendeponie Talbrückenstraße so zu gestalten, dass ein ebenerdiger Übergang vom Jerrendorfweg an der Eisenbahnbrücke in die zukünftige Parklandschaft möglich ist.

Herr Wäschebach beantragt aufgrund der Dringlichkeit die Tagesordnung entsprechend zu erweitern.

Bezirksbürgermeister Sternbacher regt an, den Sachverhalt unter dem neuen TOP 5.2 zu beraten.

Die Bezirksvertretung stimmt zu.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte erweiterte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

a) Lesbarkeit der von der Stadt Bielefeld in das Bürgerinformationssystem eingestellten Sitzungsunterlagen

Eine Bürgerin verweist auf das Bürgerinformationssystem im Internetauftritt der Stadt Bielefeld. Die von der Stadt Bielefeld zu TOP 7 (B-Plan Nr. III/M 8 „Fischerheide“ Teilfläche C) eingestellte Beschlussvorlage und die Anlagen zu dieser Vorlage seien sehr schlecht lesbar. Sie fragt, ob es möglich sei, die Qualität zu verbessern.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung und ggf. weitere Veranlassung.

b) 110 kv-Freileitung im Bereich der Straße Hagenkamp

Frau Raschke (Anwohnerin der Straße Hagenkamp) nimmt Bezug auf die Beratung zur Erneuerung der vorhandenen Masten und der Beseilung der u. a. im Bereich der Straße Hagenkamp verlaufenden 110 kv-Freileitung der Stadtwerke Bielefeld GmbH in der Sitzung der Bezirksvertretung am 10.03.2011 (vgl. BV Heepen - 10.03.2011 - TOP 6). In der Einwohnerfragestunde hatten verschie-

dene Anwohner der Straße Hagenkamp auf die aus ihrer Sicht bestehenden Belastungen der Anwohner durch die Hochspannungsleitung hingewiesen und verschiedene Fragen formuliert bzw. die Möglichkeit, die Leitung in Form eines Erdkabels zu verlegen, angesprochen. Bisher habe die Stadtwerke Bielefeld GmbH die von den Anwohnern formulierten Fragen nicht beantwortet bzw. vertrete weiterhin den Standpunkt, dass die Verlegung eines Erdkabels in diesem Bereich zu unverhältnismäßig hohen Kosten führen würde. Aus Sicht der Anwohner ergeben sich jedoch für die Verlegung eines Erdkabels nur geringfügig höhere Kosten. Auch der ebenfalls mit der Angelegenheit befasste Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz habe bisher keine klare Aussage getroffen. Sie fragt, wann mit einer entsprechenden Stellungnahme zu den von den Bürgerinnen und Bürgern aufgeworfenen Fragen zu rechnen sei.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erläutert, dass die Bezirksvertretung hinsichtlich der angesprochenen Fragen über keine Zuständigkeit verfüge. Dennoch habe die Bezirksvertretung über die Angelegenheit beraten und die zuständigen und mit einer entsprechenden Entscheidungskompetenz ausgestatteten politischen Gremien gebeten, sich mit dem Thema zu befassen. Er verweise in diesem Zusammenhang auf den von der Bezirksvertretung in der Sitzung am 10.03.2011 gefassten Beschluss. Da der Bezirksvertretung bisher noch keine Auszüge aus den Niederschriften der mit der Angelegenheit befassten Gremien vorliegen, könne er zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage zum weiteren Verlauf der Diskussion treffen.

Da die Bezirksvertretung die Besorgnis der Anwohner sehr ernst nehme, bitte er die Verwaltung, der Bezirksvertretung zu gegebener Zeit entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen.

c) LKW- Durchfahrtsverbot für die Evenhausener Straße

Herr Meyer-zu-Stieghorst (Anwohner der Evenhausener Straße) weist zum wiederholtem Male auf die sich durch die LKW-Schleichverkehre über die Evenhausener Straße ergebenden verkehrlichen Belastungen für die Anwohner hin und erläutert die entsprechenden Fahrbeziehungen. Bisher habe die Verwaltung kein LKW-Durchfahrtsverbot angeordnet, obwohl gerade in den Nachtstunden erheblicher LKW-Verkehr beobachtet werden könne. Die Stadt Bielefeld argumentiere mit Zahlen, die seines Erachtens - insbesondere auf die Nachtstunden bezogen - nicht den Realitäten entsprechen. Er fragt, wann ein entsprechendes LKW-Durchfahrtsverbot angeordnet werde.

Herr Daube stellt fest, dass alle Beteiligten weiterhin bemüht seien, die verkehrlichen Belastungen der im Bereich der Evenhausener Straße lebenden Einwohnerinnen und Einwohner zu verringern. Aufgrund der Funktion der Evenhausener Straße sei die Anordnung eines LKW-Durchfahrtsverbots z. Zt. jedoch nicht denkbar. Die Stadt Bielefeld erarbeite derzeit ein großräumiges LKW-Lenkungskonzept. Er habe die Hoffnung, dass das LKW-Lenkungskonzept so gestaltet werde, dass auch die verkehrliche Belastung der Evenhausener Straße durch LKW-Verkehre verringert werden könne.

d) Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Grundstraße

Der Inhaber eines Gewerbebetriebes in der Grundstraße nimmt Bezug auf die Forderung der Anwohner, in der Grundstraße weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen zu ergreifen. Er weist darauf hin, dass sein Betrieb bereits nach der Umsetzung der vorhandenen verkehrsberuhigenden Maßnahmen Umsatz-

einbußen erlitten habe. Weitere Maßnahmen würden den Bestand seines Betriebes gefährden. Er fragt, inwieweit dies im Rahmen der weiteren Diskussion von der Bezirksvertretung berücksichtigt werde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beratung der Angelegenheit in der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 05.05.2011 (vgl. BV Heepen - 05.05.2011 - TOP 5.5) und den von der Bezirksvertretung formulierten Prüfungsauftrag. Er erwarte von der Verwaltung Lösungsvorschläge, die sowohl die Interessen der Anwohner als auch die Interessen der vorhandenen Gewerbebetriebe angemessen berücksichtigen und bitte die Verwaltung, Vorschläge zu unterbreiten, die zu einem angemessenen Interessenausgleich führen.

e) Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/M 8 „Fischerheide“ Teilfläche C

Eine Anwohnerin der Straße Büscherweg nimmt Bezug auf die beabsichtigte Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/M 8 „Fischerheide“ Teilfläche C. Sie verweist darauf, dass die heute im Umfeld des Plangebietes lebenden Menschen von verkehrsreichen Straßen (Herforder Straße, Donauschwabenstraße, Heidenheimer Straße) umgeben seien und auf die sich daraus ergebende Einschränkung der Lebensqualität. Heute sei das künftige Plangebiet der letzte grüne Bereich, der den Anwohnern zur Verfügung stehe. Sie fragt, ob der Wunsch der Anwohner, diesen Bereich in der heutigen Form zu erhalten, im Rahmen der Planung berücksichtigt werde.

Eine weitere Anwohnerin fragt, warum die Straße Büscherweg in das Plangebiet einbezogen werde, obwohl es sich zum Teil um eine bereits privat ausgebaute Straße handle und der größte Teil des Büscherweges keine Erschließungsfunktion für das neue Baugebiet habe.

Weitere Einwohner der Straße Büscherweg schließen sich in ihren Wortbeiträgen dieser Fragestellung an und fragen darüber hinaus, welche Absichten die Stadt Bielefeld mit der Einbeziehung verfolge.

Ein Bürger weist darauf hin, dass in einem Baum in der Straße Büscherweg Falken nisten. Die heute unbebauten Flächen des Plangebietes seien Teile des Jagdgebietes der Falken. Er fragt, inwieweit die Frage des Artenschutzes im Rahmen der Planung berücksichtigt werde.

Ein Anwohner des Büscherweges weist darauf hin, dass es seines Erachtens kaum Sinn habe, das Plangebiet aufgrund der lärmschutzrechtlichen Abhängigkeiten zur Herforder Straße zum jetzigen Zeitpunkt zu entwickeln. Dennoch sehe die Planung vor, bereits vor Klärung dieser Abhängigkeiten Wohngebäude zu errichten. Er vertrete daher die Auffassung, dass die Planung frühestens nach Klärung der lärmschutzrechtlichen Fragen fortgesetzt werden sollte.

Herr Daube verweist auf die unter TOP 7 anstehende Beratung zur Neuaufstellung des angesprochenen Bebauungsplanes. Er gehe davon aus, dass die anwesenden Berichterstatter zumindest einen Teil der aufgeworfenen Fragen im Rahmen der Beratung beantworten werden.

Eine Anwohnerin weist darauf hin, dass das Plangebiet heute die letzte große unbebaute Fläche im Stadtteil Milse darstelle. Der Bereich verfüge ansonsten über keine öffentlichen Grünanlagen. Sie fragt, ob die Bezirksvertretung sich ihrer Verantwortung für die Interessen der heute im Bereich lebenden Menschen bewusst sei.

Bezirksbürgermeister Sternbacher führt aus, dass die Bezirksvertretung bemüht sei, einen angemessenen Interessenausgleich herbeizuführen. Dabei sei es aber auch erforderlich, die vorhandenen rechtlichen Gegebenheiten zu berücksichtigen. Er erweise in diesem Zusammenhang auf den bereits bestehenden rechtsverbindlichen Bebauungsplan, der eine weitaus massivere Bebauung als die in der jetzigen Planung vorgesehene Bebauung ermögliche. Er gehe davon aus, dass die Bezirksvertretung im Rahmen ihrer Entscheidungen alle Interessenlagen angemessen berücksichtigen werde.

Da keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden, schließt Bezirksbürgermeister Sternbacher die Einwohnerfragestunde.

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 1 *

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 16. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 05.05.2011

Herr Schatschneider (Die Linke) nimmt Bezug auf die Beratung zur Ausweisung weiterer Hundefreilaufflächen und seinen in der Niederschrift wiedergegebenen Wortbeitrag (vgl. Seite 20, 3. Absatz der Niederschrift). Sein Wortbeitrag sei in der Niederschrift nicht richtig wiedergegeben. Er habe nicht erklärt, dass es vor Inkrafttreten des Landeshundegesetzes ca. 20 offizielle Freilaufflächen gegeben habe. Er habe in der Beratung darauf hingewiesen, dass es vor Inkrafttreten des Landeshundegesetzes eine deutlich höhere Anzahl als die in der Verwaltungsvorlage genannte Anzahl von ca. 20 Freilaufflächen gegeben habe. Insofern habe er die diesbezüglich in der Verwaltungsvorlage getroffene Aussage kritisiert, da es sich hier nachweislich um eine falsche Aussage handele.

Unter Berücksichtigung der von Herrn Schatschneider getroffene Aussage ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 16. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 05.05.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1 Bürgerinformationsveranstaltung zur Planfeststellung für die Verlängerung der Stadtbahnlinie 2

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Informationsschreiben des Bezirksamtes vom 19.05.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.1*

3.2 Kunst im öffentlichen Raum in Bielefeld

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Abdruck der Informationsvorlage der Verwaltung Drucksache 2293/2009-2014 und ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kulturausschusses am 30.03.2011.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) fragt, auf welchem Weg die Anregung des Kulturausschusses - auch die Bezirksvertretungen mit der Thematik zu befassen - umgesetzt werden könne.

Herr Daube erläutert, dass die Verwaltung mit Herrn Prof. Dr. Vogelsang Kontakt aufnehmen werde, um die Beratung der Angelegenheit im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes in einer der nächsten Bezirksvertretungssitzungen vorzubereiten. Darüber hinaus verweist er darauf, dass die Thematik bereits früher diskutiert wurde und daher auch dem Bezirksamt verschiedene Informationen und Daten zur Kunst im öffentlichen Raum im Stadtbezirk Heepen vorliegen. Die Verwaltung werde dies im Rahmen der Abstimmung mit Herrn Prof. Dr. Vogelsang berücksichtigen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.2*

3.3 Abrechnungen nach dem KAG

Das Amt für Verkehr hat mitgeteilt, dass in Kürze die KAG-Abrechnung der Maßnahme „Elverdisser Straße“ ((Abschnitt zwischen der Einmündung der Privatstraße zum Hof „Lüttkekötter“, gegenüber Haus-Nr. 33 und Murreweg - Beleuchtung) erfolgt. Bei der Elverdisser Straße handelt es sich um eine Haupt-

verkehrsstraße. Die Gesamtkosten betragen 48.811,35 € und entsprechen dem beitragsfähigen Aufwand. Der umlagefähige Aufwand beträgt 4.881,14 € (10 %).

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.3*

-.-.-

3.4 Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Grundstraße (vgl. u. a. BV Heepen - 05.05.2011 - TOP 5.5)

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Schreiben der Fa. Schmaling vom 18.05.2011 zu möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen weiterer verkehrsberuhigender Maßnahmen auf den Betrieb der Tankstelle Koch.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.4*

-.-.-

3.5 Einwohnerfrage zur Bodendeponie Talbrückenstraße (vgl. BV Heepen - 05.05.2011 - TOP 1)

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Abdruck des Antwortschreibens des Bezirksamtes an den Fragesteller, Herrn Prester, vom 25.05.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.5*

-.-.-

3.6 Sanierung der Sporthalle Altenhagen

Die Sporthalle Altenhagen wird in den Sommerferien 2011 saniert. Die Glasbausteinwand wird entfernt und es erfolgt der Einbau einer energetisch vollwertigen Holzrahmenkonstruktion mit Oberlichtern. Es wird ein Wandprallschutz aufgebracht. Der alte Sportboden wird ausgebaut und es erfolgt der Einbau eines neuen Schwingboden inklusive wärmedämmende Maßnahmen der Sohle der Sporthalle. Es werden Brandschutzmaßnahmen umgesetzt, die sich aus Forderungen von Brandschauen und dem Brandschutzkonzept ergeben. Den finanziellen Möglichkeiten entsprechend erfolgen ggf. im Bestand kleinere Re-

novierungsarbeiten.

Der Ausführungszeitraum beginnt mit den Sommerferien und soll ca. 8 - 12 Wochen andauern.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.6*

3.7 **Bauland- und Siedlungsreserven für Gewerbenutzungen in der Stadt Bielefeld**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Landschaftsbeirates am 05.04.2011 und ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 29.03.2011.

Aufgrund des Umfangs der beratenen Informationsvorlage der Verwaltung (Drucksache 2236/2009-2014) wird auf das Ratsinformationssystem verwiesen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.7*

3.8 **Verkehrssituation Ziemannsweg in Brake (vgl. u. a. BV Heepen - 10.02.2011 - TOP 5.3)**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Sachstandsbericht der Straßenverkehrsbehörde vom 25.05.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.8*

II. Mündliche Mitteilungen:

3.9 **Broschüre „Neue Wege“ der moBiel GmbH**

Herr Daube informiert darüber, dass der Bezirksbürgermeister, der stellvertretende Bezirksbürgermeister, die Fraktionsvorsitzenden und die Vertreter der

Parteien zu Beginn der Sitzung die Broschüre „Neue Wege“ der moBiel GmbH erhalten haben. Die Broschüre enthalte Informationen zu den neuen Busverbindungen im Süd- und Nordosten der Stadt Bielefeld, die mit dem Fahrplanwechsel am 12.06.2011 in Kraft treten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.9*

-.-.-

3.10

Anbau und Teilsanierung der Kita Am Wellbach

Herr Daube verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Mitteilung des Amtes für Jugend und Familie - Jugendamt - vom 01.06.2011 zum Umbau bzw. der Teilsanierung der Kita Am Wellbach. Die Einrichtung werde während der Bauphase in den Räumen des Pavillons neben dem Bezirksamt untergebracht. Der Betrieb beginne an diesem Standort am 15.08.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.10*

-.-.-

3.11

Streckenverlauf der Buslinie 101 (vgl. BV Heepen - 10.02.2011 - TOP 5.12)

Herr Daube verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 31.05.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.11*

-.-.-

3.12

Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. III/A 3 (Gewerbegebiet Altenhagener Straße)

Herr Daube verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Information zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.12*

-.-.-

3.13 **Eingabe von Herrn Hans-Joachim Schmidt zur Streckenführung der Buslinie 27 zwischen Schildesche und Baumheide**

Herr Daube verweist auf den zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilten Abdruck der Eingabe von Herrn Hans-Joachim Schmidt vom 07.06.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.13*

-.-.-

3.14 **Anmeldesituation der Bielefelder Hauptschulen zum Schuljahr 2011/12**

Herr Daube informiert darüber, dass für die Baumheideschule 20 Anmeldungen, die Hauptschule Heepen 35 Anmeldungen und für die Hauptschule Oldentrup 4 Anmeldungen vorliegen.

Die Hauptschule Heepen liege damit annähernd an der schulgesetzlich als Regelfall vorgesehenen Zweizügigkeit, alle anderen Hauptschulen deutlich darunter. Die 4 Anmeldungen an der Hauptschule Oldentrup wurden bereits im Verlauf des Anmeldeverfahrens an andere Schulen verwiesen, weil eine Klassenbildung von vornherein aussichtslos war. Die Entwicklung der Anmeldezahlen an den anderen Hauptschulen wurde bis zu den Osterferien beobachtet, weil nach den Erfahrungen der Vorjahre noch Nachzügler erwartet wurden.

Besondere Aufmerksamkeit wurde den Schulen mit weniger als 18 Anmeldungen gewidmet, die unter diesen Umständen ebenfalls keine Eingangsklassen bilden können.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.14*

-.-.-

3.15 **Umleitungskonzept während des Umbaus der Kreuzung „Engersche Straße“**

Herr Daube verweist auf den von der Bezirksvertretung gefassten Beschluss während der Umbauarbeiten und der damit verbundenen Teil- bzw. Vollsperr-

rung der Kreuzung „Engersche Straße“ neben der Braker Straße auch die Grafenheider Straße in das Umleitungskonzept einzubeziehen. Das Amt für Verkehr habe den Beschluss der Bezirksvertretung Heepen im Rahmen der Erarbeitung des Umleitungskonzeptes entsprechend berücksichtigt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.15*

3.16 **Bodendeponie Talbrückenstraße**

Unter Bezugnahme auf den unter TOP 5.2 zu beratenden Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion informiert Herr Daube darüber, dass hinsichtlich der Neugestaltung des Deponiebereiches nach Schließung der Deponie aufgrund verschiedener Arbeitsaufträge des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz bzw. der Bezirksvertretung Heepen bestehende Abhängigkeiten hinsichtlich der Erarbeitung eines Gestaltungskonzeptes zu berücksichtigen seien. Die Verwaltung stimme die verschiedenen Fragestellungen derzeit miteinander ab und werde im September eine entsprechende Verwaltungsvorlage zur Beratung vorlegen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.16*

3.17 **Informationsveranstaltung „Inklusive Bildung“ am 22.06.2011**

Herr Daube verweist auf die per Email am 18.05.2011 allen Bezirksvertretungsmitgliedern übersandte Einladung des Amtes für Schule vom 12.05.2011 zur Informationsveranstaltung zur Umsetzung der UN - Behindertenrechtskonvention – Förderung der inklusiven Bildung in Bielefeld.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.17*

3.18 **Altglas-Container im Bereich der Umfassungsmauer des Heeper Friedhofes**

Herr Daube verweist auf die aktuelle Presseberichterstattung zur Aufstellung der Altglas-Container. In intensiven Gesprächen sei es den Beteiligten gelun-

gen, einen Alternativstandort zu finden, den er aufgrund letzten Abstimmungsbedarfes jedoch noch nicht bekanntgeben könne.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 3.18*

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Bodendeponie Talbrückenstraße: Gewinn der Stadt Bielefeld aus dem Deponiebetrieb

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2625/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der Partei Die Linke:

„Wie hoch ist der Netto-Gewinn für die Stadt Bielefeld durch den Betrieb der Bodendeponie in Bielefeld-Brake?“

Herr Daube führt aus, das Umweltamt habe mitgeteilt, dass aus dem Deponiebetrieb im Jahr 2010 150.000 € erwirtschaftet werden konnten. Gegenüber dem ursprünglich veranschlagten Haushaltsansatz von 286.000 € ergab sich somit eine Mindereinnahme von 136.000 €. Die Mindereinnahme sei u. a. darauf zurückzuführen, dass aufgrund des verspäteten Baubeginnes auf der Campusbaustelle geringere Bodenmengen anfielen. Zudem ergaben sich durch die schlechte Witterung im Herbst 2010 mit dem frühen und starken Wintereinbruch Mehrkosten für den Bodeneinbau. Weiterhin konnte aufgrund der aktuellen Beschlusslage nur Boden aus Bielefeld auf der Deponie abgelagert werden. Konkrete Nachfragen aus dem Umland mussten daher abgelehnt werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 4.1*

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Standort der Bushaltestelle "Ladestraße"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2624/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der Partei Die Linke:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob es eine Alternative zum Standort der Bushaltestelle „Ladestraße“ gibt.“

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass er sich von der Formulierung des letzten Teils der schriftlichen Begründung distanzieren. Einem Prüfauftrag könne er zustimmen.

Herr Meier (moBiel GmbH) stellt die sich nach Einführung der neuen Buslinie 30 im Stadtteil Brake ergebenden veränderten Fahrbeziehungen und fahrplantechnischen Abhängigkeiten im Überblick dar. Im Anschluss erläutert er das Vorgehen der moBiel GmbH bei der Umsetzung des Fahrplanwechsels. Ausgehend von der Einrichtung der Linie 30 sei im Ortskern von Brake zur verbesserten Erschließung des westlich an den Bahnhof angrenzenden Bereiches, die Einrichtung der neuen Haltestelle „Ladestraße“ vorgesehen.

Grund für die neue Haltestellenabfolge war u. a. die früher sehr weit auseinander liegende Position der Haltestelle „Kerksiekweg“ und ihre nicht zur Führung der Linie 30 passende Lage. Vor diesem Hintergrund sei in Richtung Bahnhof die Haltestelle „Ladestraße“ neu eingerichtet worden.

Zur Schaffung eines klaren Haltestellenpaares ist in Gegenrichtung die alte Haltestelle „Kerksiekweg“, die geringfügig verschoben wird, ab 12. Juni 2011 diesem Namen zugeordnet. Weiter in Richtung Kirche konnte für das verbleibende „Bündel Kerksiekweg“ leider nur eine Position in Richtung Ost für alle Linien und in Richtung Kirche allein für die Fahrten von der Grafenheider Straße gefunden werden. Diese Anpassung habe sich leider mit dem Antrag zur Verlegung der Linie 101 überschritten. Die Berücksichtigung einer Prüfung war in diesem zeitlichen Zusammenhang nicht mehr abzubilden. Unter den Voraussetzungen des neuen Netzes müsste allerdings sowohl die neue Haltestelle Marktplatz beidseitig eingerichtet werden und die Haltestelle Wefelshof an der Stedefreunder Straße zusätzlich nördlich der Einmündung Wefelshof verschoben werden. Im Gegensatz zur Antragsbegründung könne aber die alte Position südlich des Knotens Richtung Norden nicht mehr aufgegeben werden, da sie nun von der Linie 30 genutzt werde.

Nach Auffassung von moBiel sollten erste Erfahrungen mit dem neuen Fahrplan abgewartet werden. Das die neue Haltestelle „Ladestraße“ sehr attraktiv ist, lässt sich bereits jetzt daraus ableiten, dass sich vor offizieller Inbetriebnahme dort die Fahrgäste versammelten und die Busfahrer dort angehalten haben.

Herr Meier weist weiter auf die untergeordnete Fahrtenhäufigkeit der Linie 101 hin.

Herr Dr. Elsner stellt fest, dass es aus seiner Sicht günstiger gewesen wäre, wenn die moBiel GmbH die von Herrn Meier vorgetragene Informationen der Bezirksvertretung früher zur Verfügung gestellt hätte. Seines Erachtens sollte der in der Antragsbegründung angesprochene Beschluss zur Buslinie 101 vor dem Hintergrund der jetzt vorliegenden Informationen nochmals diskutiert werden. Aus seiner Sicht sei die Verlegung der neuen Haltestelle - wie im Antrag gefordert - nicht erforderlich. Gegen die im Antrag geforderte Prüfung von Alternativen habe er grundsätzlich keine Einwände. Die CDU-Fraktion werde sich jedoch bei einer Abstimmung enthalten.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) schließt sich der von Herrn Dr. Elsner vertretenen Auffassung an. Auch er sieht die Notwendigkeit, dass der Bezirksvertretung entsprechende Informationen früher zur Verfügung gestellt werden. Seines Erachtens sollte die Situation nun zunächst beobachtet werden. Sollte sich der Standort nicht als zweckmäßig erweisen, könne die Entscheidung später korrigiert werden.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) schließt sich der von Herrn Wäsche-

bach vertretenden Auffassung an.

Herr Schatschneider (Die Linke) kann die Argumentation der moBiel GmbH zumindest teilweise nachvollziehen. Hätten die heute präsentierten Informationen früher vorgelegen, hätte er den Antrag anders formuliert. Die Bearbeitungszeit von 4 Monaten sei jedoch weiterhin indiskutabel.

Bezirksbürgermeister Sternbacher sieht ebenfalls die Notwendigkeit, dass der Bezirksvertretung entsprechende Informationen früher zur Verfügung stehen müssen, um den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, auf Fragen der Bürgerinnen und Bürger antworten zu können. Aufgrund der von Herrn Meier vorgebrachten Informationen fragt er Herrn Schatschneider, ob dieser seinen Antrag vor diesem Hintergrund zurückziehe.

Herr Schatschneider kritisiert nochmals den aus seiner Sicht unzureichenden Informationsfluss und zieht im Anschluss seinen Antrag zurück.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 5.1*

Zu Punkt 5.2 **Bodendeponie Talbrückenstraße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2736/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Gelände der Bodendeponie Talbrückenstraße so zu gestalten, dass ein ebenerdiger Übergang vom Jerrendorfweg an der Eisenbahnbrücke in die zukünftige Parklandschaft möglich ist.

Herr Wäschebach verweist auf seine Ausführungen vor Eintritt in die Tagesordnung.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Gelände der Bodendeponie Talbrückenstraße so zu gestalten, dass ein ebenerdiger Übergang vom Jerrendorfweg an der Eisenbahnbrücke in die zukünftige Parklandschaft möglich ist.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 5.2*

Zu Punkt 6**Programm der Volkshochschule - Nebenstelle Heepen - Studienjahr 2011/2012**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2349/2009-2014

Frau Jack (Leiterin der VHS - Nebenstelle Heepen) erläutert die Beschlussvorlage im Überblick. Sie geht dabei - ausgehend von der bisherigen Entwicklung der Nebenstelle - auf die Inhalte und Schwerpunkte des neuen Programms ein. Abschließend erläutert sie die neuen Angebote (Angebote zum Jubiläumsjahr „975 Jahre Heepen“, Kurs zur Ahnen- und Familienforschung, Kooperation mit dem FZZ Baumheide, neue Angebote im Gesundheitsbereich, Ausbau des Sprachenangebotes, Aufbaukurse zur PC-Nutzung für ältere Menschen, VHS-Beteiligung beim Heeper Ting etc.).

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) bewertet das neue Programm positiv und dankt Frau Jack für die geleistete gute Arbeit. Die VHS-Nebenstelle Heepen habe sich zu einer „lebendigen“ Nebenstelle entwickelt. Dies sei in der Vergangenheit nicht immer so gewesen.

Weitere Bezirksvertretungsmitglieder schließen sich in ihren Wortbeiträgen der von Herrn Dr. Elsner vertretenen Auffassung an.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen beschließt das Programm der VHS - Nebenstelle Heepen - Studienjahr 2011/2012.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 6*

-.-.-

Zu Punkt 7

**Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/M8 "Fischerheide"
Teilfläche C für ein Gebiet- südlich der Herforder Straße, westlich der
Heilbronner Straße, nördlich der Donauschwabenstraße und östlich der
Straße Büscherweg, einschließlich des westlichen Stichweges in Rich-
tung des schwarzen Weges - Flur 1, Gemarkung Milse
-Stadtbezirk Heepen-**

EntwurfsbeschlussBeratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2586/2009-2014 und 2586/2009-2014/1

Nachdem Frau Kavuk (Bauamt) die bisherigen Verfahrensschritte im Überblick dargestellt hat, erläutert Herr Winkler (Büro Enderweit & Partner) im Rahmen

einer Beamer-Präsentation die vorgesehene Planung. Er weist u. a. darauf hin, dass die Festsetzungen des noch rechtsverbindlichen Bebauungsplanes, die am Standort u. a. Geschosswohnungsbau vorsehen, nicht mehr den heutigen städtebaulichen Vorstellungen entsprechen. Vor diesem Hintergrund sei eine sich an den Plangebiet „Fischerheide“ - Teilfläche A und „Fischerheide“ - Teilfläche B orientierte kleinteiligere Planung entwickelt worden. An Hand des Gestaltungsplanes erläutert Herr Winkler die Lage und Größe der Grundstücke und Baukörper im Plangebiet sowie die Standorte für den vorgesehenen Spielplatz und die Obstwiese. Das Plangebiet werde z. Z. zum größten Teil als landwirtschaftliche Fläche genutzt und sei für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Im Kontext zur Nachbarschaft der inzwischen überwiegend bebauten Plangebiete „Fischerheide“ - Teilfläche A und „Fischerheide“ - Teilfläche B sei die vorgestellte Planung schlüssig und wünschenswert. Das Plangebiet sei gut erschlossen und befinde sich in der Nähe einer Stadtbahnhaltestelle. Im Übrigen bestehe in Bielefeld auch ein Bedarf für eine entsprechende Wohnbebauung. Die Erschließung erfolge in Form einer „Ringerschließung“ mit 2 Zu- bzw. Abfahrten. Diese Form der Erschließung vermeide die in der Veranstaltung zur Öffentlichkeitsbeteiligung befürchteten „Schleichverkehre“. Das Plangebiet sei gut mit den vorhandenen Rad- und Fußwegenetzen verbunden. Der attraktive Erholungsraum „Johannisbachaue“ sei auf kurzem Wege zu erreichen. Durch die, die maximale Anzahl von Wohneinheiten begrenzenden, Festsetzungen des Bebauungsplanes werde eine übermäßige Verdichtung des Gebietes vermieden. Eine „Zweiteilung“ des Gebietes entstehe durch die dichtere, zweigeschossige Bebauung entlang der umliegenden Straßen und eine lockere Bebauung im Innenbereich (eingeschossige Bauweise mit ausgebautem Dachgeschoss). Durch gestalterische Festsetzungen werde eine gewisse Einheitlichkeit der Bebauung angestrebt.

Bezogen auf die in der Einwohnerfragestunde angesprochenen Fragen des Artenschutzes weist Herr Winkler darauf hin, dass der Umweltbericht zu dem Ergebnis komme, dass keine artenschutzrechtlichen Bedenken gegen die Planung sprechen.

Die Frage der Einbeziehung des Büscherweges in das Plangebiet wurde sehr sorgfältig mit dem Amt für Verkehr erörtert. Im Ergebnis sei festzustellen, dass im Büscherweg (Hauptstraßenzug und westlich abzweigender Ast auf ca. 40 m Länge) bereits 1997 auf Kosten der Stadt Bielefeld ein Trennkanaalsystem verlegt und anschließend die Straßenoberfläche in den heutigen straßenbaufachtechnischen Zustand versetzt wurde. Darüber hinaus wurde die Straßenbeleuchtung - ebenfalls auf städtische Kosten - installiert. Weiterhin stehe die Straßenfläche bereits zum Teil in städtischem Eigentum. Nach dem Baugesetzbuch (BauGB) bestehe die gesetzliche Verpflichtung, diesen bereits entstandenen und den für eine endgültige Herstellung zukünftig ggf. noch aufzubringenden kommunalen Aufwand ganz überwiegend durch die Erhebung von Erschließungsbeiträgen zu refinanzieren. Die Beitragserhebung setze neben der technisch endgültigen Straßenherstellung u. a. grundsätzlich voraus, dass die Straßenfläche von einem Bebauungsplan erfasst werde und dass die Planausweisungen mit den realen Gegebenheiten übereinstimmen. Seitens der zuständigen städtischen Fachdienststelle sei daher bereits im Jahr 2008 angefragt worden, die zukünftig ggf. erforderlich werdenden Ausbaumaßnahmen (Straßenbau und Beleuchtung) bereits jetzt planungsrechtlich zu berücksichtigen, um für die nach den Bestimmungen des BauGB vorgesehene Refinanzierung der damit verbundenen Kosten eine Rechtsgrundlage zu schaffen. Eine Aussage zur Frage, ob bzw. wann der Büscherweg ausgebaut werde, könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden. Für die Anwohner des Büscherweges ergeben sich aus der Einbeziehung des Büscherweges in das Plangebiet insofern keine rechtlichen Nachteile.

Vorgesehen seien im Plangebiet insgesamt 76 Wohneinheiten. Die Frage, wann das Planfeststellungsverfahren für die Herforder Straße eingeleitet werde, könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.

Abschließend weist Herr Winkler darauf hin, dass der Investor den Wunsch habe, an der Donauschwabenstraße (erste Baureihe) Einfamilienhäuser (1geschossig mit Dachgeschoss) und in der zweiten Baureihe 2geschossige Doppelhäuser errichten zu können. Die Festsetzungen sehen demgegenüber in der ersten Baureihe 2geschossige Doppelhäuser und in der zweiten Baureihe Einfamilienhäuser (1geschossig mit Dachgeschoss) vor.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) führt aus, dass die Planung seines Erachtens zwar gut nachvollziehbar begründet wurde, sich jedoch aufgrund der vielen Einwohnerfragen und dem heute formulierten Wunsch des Investors noch Abstimmungsbedarf abzeichne. Er rege daher an, die heutige Beratung als 1. Lesung zu betrachten. Unter Bezugnahme auf die Versorgung mit Kindergartenplätzen stellt er die Frage, ob der vorgesehene Ausbau des Angebotes im Bereich Marktkauf Baumheide die Frage der bedarfsorientierten Versorgung des Plangebietes berücksichtige.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass auch die SPD-Fraktion noch Abstimmungsbedarf sehe und sich vor diesem Hintergrund dem Vorschlag der CDU-Fraktion, die heutige Beratung als 1. Lesung zu betrachten, anschließe. Positiv bewerte er die zur Vermeidung einer baulichen Verdichtung vorgesehenen Festsetzungen. Bezogen auf den Büscherweg könne er noch nicht abschließend nachvollziehen, warum dieser in das Plangebiet einbezogen werde. Er verweise in diesem Zusammenhang auf die den Mitgliedern der Bezirksvertretung vorliegende Bürgereingabe. Er erwarte, dass die hierin aufgeworfenen Fragen zunächst beantwortet werden müssen. Bezogen auf die Parkplatzproblematik führt er aus, dass bei der Entwicklung des Plangebietes „Fischerheide“ - Teilfläche B gefordert wurde, die Stellplätze auf den Grundstücken anzulegen. Es wurden zwar Stellplätze geschaffen. Diese reichen jedoch offenbar nicht aus, so dass entlang der Donauschwabenstraße entsprechende Parkplatzprobleme entstehen. Weiterhin sei die von den Anwohnern angesprochene Frage zu klären, ob das Plangebiet für eine Versickerung geeignet sei. Während das Umweltamt dies verneine, vertreten die Altanwohner eine gegenteilige Auffassung. Er erwarte, dass die Verwaltung diese Problematik genau untersuche und eine entsprechende Stellungnahme vorlege.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) vertritt die Auffassung, dass die von Herrn Dr. Elsner und Herrn Wäschebach angesprochenen Fragen auch aus ihrer Sicht noch nicht abschließend beantwortet wurden. Ihre Fraktion schließe sich daher dem Vorschlag, die heutige Beratung als 1. Lesung zu betrachten, an. Frau Kreye führt weiter aus, dass die Grüne-Fraktion u. a. der Planung zugestimmt hatte, weil das Plangebiet im Gegensatz zu anderen Planungen „auf der Grünen Wiese“ verkehrlich gut erschlossen sei und einer baulichen Verdichtung durch entsprechende Festsetzungen entgegengewirkt werde. Darüber hinaus wurde das Plangebiet von ihr nicht als Naherholungsgebiet betrachtet. Die in der Einwohnerfragestunde aufgeworfene Frage, ob der Bereich als Nahrungsquelle von Greifvögeln (Falken) genutzt werde, müsse ihres Erachtens nochmals sorgfältig untersucht werden.

Auf Rückfrage von Bezirksbürgermeister Sternbacher erläutert Frau Kavuk, dass sich für das Plangebiet ein Bedarf von 2 Kita-Gruppen abzeichne, der

bisher nicht berücksichtigt wurde. Um dem erwarteten Bedarf Rechnung zu tragen, wurden in die Nachtragsvorlage entsprechende Festsetzungen aufgenommen. Die Kosten für die notwendige soziale Infrastruktur sollen vom Investor übernommen werden. Es werde beabsichtigt, die Kostenübernahme durch eine Bürgschaft abzusichern.

Herr Winkler ergänzt, dass die Frage der bedarfsorientierten sozialen Infrastruktur schrittweise abgearbeitet werden könne, da das Plangebiet u. a. aufgrund der Abhängigkeiten zur Planung für den Ausbau der Herforder Straße nur schrittweise bebaut werden könne. Zur Frage der Versickerung bestätigt er, dass das Umweltamt erklärt habe, dass sich das Plangebiet nicht für eine Versickerung eigne.

Herr Wäschebach sieht die Notwendigkeit, dass die Verwaltung hierzu ein entsprechendes Gutachten vorlegt, dem auch allgemein zu entnehmen sei, in welchen Bereichen der Stadt eine Versickerung sinnvoll sei und welche Bereiche herkömmlich entwässert werden müssen. Er bitte, diese Forderung als Prüfauftrag an die Verwaltung zu betrachten.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die intensive Diskussion zusammen und stellt fest, dass die Parkplatzproblematik zu klären und eine Aussage zur Frage der Versickerung zu treffen sei. Er regt an einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Herr Borchers (Grüne-Fraktion) sieht die Notwendigkeit, in Hinblick auf die von den Anwohnern angesprochenen Falken auch eine Stellungnahme zur Frage des Artenschutzes einzufordern.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

1. **Die Beratung der Beschlussvorlagen der Verwaltung Drucksache Nr. 2586/2009-2014 und 2586/2009-2014/1 erfolgt in 1. Lesung.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die im Rahmen der Beratung angesprochenen Artenschutz-, Versickerungs- und Parkraumproblematik zu prüfen und entsprechende Stellungnahmen abzugeben.**

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 7*

-.-.-

Zu Punkt 8

Planfeststellung Verlängerung der Stadtbahnlinie 2 in Richtung Milse Ost

Herr Meier (moBiel GmbH) erläutert die bisherigen Verfahrensschritte im Überblick und stellt fest, dass die Planungen nun so weit fortgeschritten seien, dass die moBiel GmbH als Vorhabenträger die Planfeststellung bei der Bezirksregie-

rung Detmold beantragt habe.

Frau Kunath (moBiel GmbH) erläutert die Planung im Rahmen einer Beamer-Präsentation. Die Planung sehe eine ca. 1,2 km lange vollständig auf unabhängigem Baukörper verlaufende Neubaustrecke mit 2 neuen Hochbahnsteigen vor. Sie beginne nördlich der Haltestelle Milse. Unmittelbar nach der Haltestelle biege die Trasse um 90 Grad nach Osten ab und verlaufe dann zunächst in südlicher Seitenlage der Milser Straße. Während die Milser Straße am Knotenpunkt Milser Straße / Elverdisser Straße nach Süden abknicke, verlaufe die Stadtbahn geradlinig weiter. Die Milser Straße werde fast rechtwinklig gekreuzt. Nach Überqueren der Milser Straße rücke die Stadtbahntrasse zunächst geringfügig auf freiem Feld nach Süden ab, um südlich des zur Lutter fließenden Buschbaches zu verlaufen. Auf der Westseite des Verbindungsweges zwischen Elverdisser und Milser Straße werde eine Zwischenhaltestelle mit einem 70 m langen Mittelhochbahnsteig angelegt. Nach der Realisierung des räumlichen Stadtentwicklungskonzeptes der Stadt Bielefeld liege diese Zwischenhaltestelle im Zentrum der hier erwarteten Wohnbebauung. Östlich der Zwischenhaltestelle schwenke die Stadtbahntrasse weiter nach Norden, um in Höhe des Moenkamps das gleichnamige Wohngebiet zu erreichen. Die Strecke ende an der Mecklenburger Straße / Ecke Buschbachweg. Die neue Endhaltestelle Milse Ost werde als zweigleisige Stumpfkehranlage mit einem Mittelbahnsteig angelegt. Aufgrund der Platzverhältnisse sei im Bereich der Endhaltestelle Milse Ost die Anlage einer Busumsteiganlage sowie von Park-and-ride-Flächen nicht möglich. Die Verknüpfung zwischen Stadtbahn, Bus und Park-and-ride-Verkehr erfolge daher weiterhin an der Haltestelle Milse. An den beiden neuen Haltestellen sei die Anlage von Fahrradschutzdächern und an der Endhaltestelle Fahrertoiletten vorgesehen. Die Querschnittsbemessung sei für den neuen 2,65 m breiten Stadtbahnwagen VAMOS ausgelegt. Die Fahrleitung werde als Hochkette an Seiten- und Mittelmasten befestigt. Um die Strecke mit Strom versorgen zu können, sei der Aufbau eines neuen Unterwerkes notwendig. Dieses werde östlich der Kreuzung Milser Straße / Elverdisser Straße neben der Stadtbahntrasse errichtet und habe etwa die Größe einer Doppelgarage. Der derzeit verrohrte Unterlauf des Buschbaches werde im Zuge der Stadtbahnverlängerung offengelegt und naturnah gestaltet. Für den Bau der Stadtbahnverlängerung seien entlang der Strecke Eingriffe in den Baumbestand und in Privatgrundstücke unvermeidlich. Um die Eingriffe in die landwirtschaftlich genutzten Grundstücke östlich des Verbindungsweges zwischen Milser Straße und Elverdisser Straße zu verringern, wurde die Trasse so weit wie möglich nach Norden verschoben. Die Überplanung der temporären Jugendhilfeeinrichtung auf Höhe des Kindergartens sei notwendig. Das Anhörungsverfahren mit der öffentlichen Auslegung der Unterlagen habe am 30.05.2011 begonnen. Die Unterlagen liegen bis zum 29.06.2011 sowohl beim Amt für Verkehr als auch im Bezirksamt Heepen zur Einsichtnahme aus. Bis zum 13.07.2011 können Einwendungen gegen den Plan erhoben werden. Je nach Verlauf der Planfeststellung rechne die moBiel GmbH in der 2. Jahreshälfte 2012 mit dem Beginn der Baumaßnahmen. Abschließend weist Frau Kunath darauf hin, dass am 16.06.2011 eine Bürgerinformationsveranstaltung in der Grundschule Milse stattfindet, um allen Betroffenen und Interessierten den Planungsstand und das weitere Verfahren vorzustellen. Auf entsprechende Rückfrage führt sie aus, dass - sollten alle weiteren Verfahrensschritte planmäßig verlaufen - ggf. ab Herbst 2013 die Betriebsaufnahme erfolgen könnte.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) bringt ihre Freunde darüber zum Ausdruck, dass die Planung inzwischen so weit fortgeschritten sei. Sie fragt, ob der Spielplatz an der Mecklenburger Straße überplant werde und ob grundsätzlich

die Möglichkeit bestehe, die Stadtbahntrasse über den neuen Endpunkt hinaus weiterzuführen.

Herr Meier führt aus, dass er sich nicht vorstellen könne, dass die Trasse über den neuen Endpunkt hinaus weitergeführt werde und erläutert die zu berücksichtigenden betriebstechnischen und finanziellen Abhängigkeiten.

Frau Kunath stellt fest, dass der Spielplatz an der Mecklenburger Straße nicht überplant werde.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) bewertet den Planungsfortschritt positiv. Aufgrund der in der heutigen Sitzung vorgestellten Detailplanung sei das Vorhaben nun gut nachvollziehbar. Sorge bereite ihm die Querung der Milser Straße, da er davon ausgehe, dass hier zumindest bis zur Fertigstellung des 4. Bauabschnittes der L 712 (Ostwestfalenstraße) - bedingt durch die Schrankenanlage - mit der Behinderung des Verkehrsflusses zu rechnen sei.

Herr Meier weist darauf hin, dass es aus Sicherheitsgründen zwingend erforderlich sei, die Querung mit einer Vollschrankenanlage auszurüsten. Darüber hinaus verweist er darauf, dass noch Abstimmungsbedarf hinsichtlich des Ausbaustandards der Querung mit dem derzeitigen Baulastträger (Landesbetrieb Straßen NRW) und dem - nach Fertigstellung des 4. Bauabschnittes der L 712 n voraussichtlich künftigen Straßenbaulastträger (Stadt Bielefeld) bestehe. Die moBiel GmbH sei bemüht, die Querung bedarfsorientiert anzulegen, da nach einer Rückstufung der Milser Straße, die z. Z. noch als Landesstraße klassifiziert sei, nicht mehr der Ausbaustandard der für entsprechende Querungen von Landesstraßen vom derzeitigen Baulastträger gefordert werde, notwendig sei. Die moBiel GmbH wolle vermeiden, am Standort einen „Riesenknoten“ anzulegen.

Herr Borchers (Grüne-Fraktion) fragt, ob der Spielplatz an der Mecklenburger Straße gegenüber der Stadtbahnanlage noch besonders gesichert werden müsse, um entsprechende Konflikte zu vermeiden. Darüber hinaus bitte er um eine Aussage zu den vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen.

Frau Kunath weist darauf hin, dass die in der Nachbarschaft zum Spielplatz gelegene Kindertagesstätte bereits ausreichend mit einem Zaun gesichert sei. Die Situation im Bereich des Spielplatzes müsse noch gesondert untersucht werden. Das vorliegende Lärmschutzgutachten komme zu dem Ergebnis, dass keine aktiven Schallschutzmaßnahmen erforderlich seien. Inwieweit passive Schallschutzmaßnahmen erforderlich werden, müsse noch untersucht werden.

Frau Kreye stellt fest, dass sich die neue Endhaltestelle in unmittelbarer Nachbarschaft zu Wohngebäuden befinde. Die Frage, welche Lärmschutzmaßnahmen erforderlich werden, müsse daher sehr sorgfältig geprüft werden. Sie fragt, wie der Weg zwischen der neuen Zwischenhaltestelle und dem Stadtteil Milse ausgebaut werde.

Herr Meier weist darauf hin, dass der Ausbaustandard noch nicht abschließend feststehe. Es handele sich um eine Wegeverbindung, die verschiedenen Ansprüchen (gute Begehbarkeit / Befahrbarkeit für Fußgänger, Radfahrer und landwirtschaftliche Fahrzeuge) gerecht werden müsse und insofern der notwendige Ausbaustandard über die Bedürfnisse einer reinen Stadtbahnerschließung hinaus gehe.

Frau Kreye stellt fest, dass der Weg so ausgebaut werden müsse, dass er allen Ansprüchen gerecht werde.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) beurteilt die verkehrliche Situation, die sich nach Anlage der Schrankenanlage im Bereich des Knotenpunktes ergeben werde, kritisch. Er fragt, ob der Stadtbahnbetrieb so gesteuert werden könne, dass der Straßenverkehr weniger behindert werde.

Herr Meier führt aus, dass diesbezüglich kaum Möglichkeiten bestehen und erläutert die betriebstechnischen Abhängigkeiten.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt fest, dass die Bezirksvertretung den Planungsprozess lange begleitet habe. Hinsichtlich der nach Fertigstellung der Stadtbahntrasse zu erwartenden Veränderungen im Bereich der Linienführung des Busverkehrs im Stadtteil Milse weist er darauf hin, dass die Bezirksvertretung diese Entwicklung im Interesse einer angemessenen Versorgung des Stadtteils Milse genau beobachten werde. Insgesamt beurteilt er die Maßnahme positiv, da die Stadtteile Milse und Altenhagen durch die Stadtbahn besser erschlossen werden als bisher.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 8*

-.-.-

Zu Punkt 9

Auswirkungen des Winters 2010/2011 auf das Bielefelder Straßennetz

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2477/2009-2014

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) kritisiert den desolaten Zustand des Bielefelder Straßennetzes. Seines Erachtens sei es dringend erforderlich, hinsichtlich der Verwendung der Haushaltsmittel entsprechende Prioritäten zu setzen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 9*

-.-.-

Zu Punkt 10

Standorte der Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2601/2009-2014

Herr Feldmann (Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -) erläutert die zu be-

rücksichtigenden rechtlichen und finanziellen Abhängigkeiten im Überblick.

Herr Lütgemeier (von-Laer-Stiftung) stellt die konzeptionellen und standortabhängigen Rahmenbedingungen vor. Bei dem Gebäude handele es sich um ein ehemaliges Firmengebäude, in dem der Verwaltungsbereich des früher hier ansässigen Unternehmens untergebracht war. Aufgrund der Raumaufteilung waren nur geringe Umbauarbeiten erforderlich. Bezogen auf die Versorgung der hier untergebrachten Jugendlichen führt er aus, dass diese in Kooperation mit der Betriebskantine der benachbarten Firma JAB Anstoetz gewährleistet werden könne. Die Jugendlichen verbleiben ca. 2 bis 3 Monate in der Einrichtung. U. a. sei in diesem Zeitraum zu klären, welchen Aufenthaltsstatus sie künftig erhalten und ob ggf. Jugendhilfemaßnahmen erforderlich sind. Aufgrund des günstigen Personalschlüssels sei eine angemessene Betreuung möglich. Die Einrichtung könne voraussichtlich im Juli 2011 ihren Betrieb aufnehmen.

Auf Rückfrage von Herrn Stuke (SPD-Fraktion) erläutert Herr Feldmann die Finanzierung der Maßnahme. Die Stadt Bielefeld gehe davon aus, dass die benötigten Finanzmittel im Wesentlichen vom Land NRW übernommen werden. Eine abschließende Aussage zur Frage, welche Kosten bei der Stadt Bielefeld verblieben, sei z. Z. noch nicht möglich, da die Gespräche mit dem Land NRW noch nicht abgeschlossen seien.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) geht davon aus, dass die untergebrachten Jugendlichen überwiegend aus Krisen- und Kriegsgebieten stammen und vermutlich stark traumatisiert seien. Er fragt, ob dies bei der Betreuung berücksichtigt werde.

Herr Lütgemeier stellt fest, dass noch keine konkreten Erfahrungen vorliegen. Man werde jedoch auf entsprechende Erfahrungen der Stadt Dortmund zurückgreifen. Es handele sich bei den Jugendlichen immer um unbegleitete Jugendliche. Die Betreuung erfolge durch entsprechend ausgebildete Fachkräfte, da in jedem Einzelfall schwierige psychosoziale Fragestellungen zu berücksichtigen seien. U. a. sei davon auszugehen, dass auch Traumatherapeuten zur Verfügung stehen. Er verweise jedoch darauf, dass die unbegleiteten Jugendlichen sich nur kurz in der Einrichtung aufhalten. Schwerpunkt der Arbeit bilde insofern zunächst die Klärung der persönlichen Rahmenbedingungen der Jugendlichen und die Frage, welche weiteren aufenthaltsrechtlichen und jugendhilferechtlichen Maßnahmen notwendig seien.

Auf Rückfrage von Herrn Wäschebach erläutert Herr Lütgemeier die asylrechtlichen Abhängigkeiten.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüter stellt fest, dass die Jugendlichen ihre Heimat vermutlich unter Zwang verlassen mussten und fragt, ob der Wunsch in die Heimat zurückzukehren erkennbar werde.

Herr Lütgemeier führt aus, dass die Jugendlichen zwar versuchen, Kontakt mit ihren in den Heimatländern verbliebenen Familien zu halten, aber sie nur selten in ihre Heimatländer zurückkehren.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bewertet die Zusammenarbeit mit der von-Laer-Stiftung positiv.

Herr Lütgemeier informiert darüber, dass die Einrichtung den Namen „Internat Cup 10“ tragen werde, um auch über die Namensgebung der Einrichtung zu

signalisieren, dass es sich hier nicht um eine Flüchtlingsunterkunft im herkömmlichen Sinne handele.

Bezirksbürgermeister Sternbacher begrüßt diese Überlegung, da sie seines Erachtens dazu beitrage, dass keine Stigmatisierung erfolge.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 10 *

Zu Punkt 11 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Daube informiert darüber, dass zur Sitzung keine entsprechende Punkte vorliegen und verweist auf den Quartalsbericht in der Julisitzung der Bezirksvertretung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 09.06.2011 - öffentlich - TOP 11*

Holm Sternbacher
Bezirksbürgermeister

Herbert Lötzke
Schriftführer